

Georg Mein

# **DAS PRINZIP UNIVERSITÄT**

Warum Demokratie Wissenschaft  
braucht

2026

Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats des Carl-Auer Verlags:

Prof. Dr. Dr. h. c. Rolf Arnold (Kaiserslautern)	Prof. Dr. Bernhard Pörksen (Tübingen)
Prof. Dr. Dirk Baecker (Dresden)	Prof. Dr. Kersten Reich (Köln)
Sebastian Baumann (Mannheim)	Dr. Rüdiger Retzlaff (Heidelberg)
Dr. Carmen Beilfuß (Magdeburg)	Prof. Dr. Wolf Ritscher (Esslingen)
Dr. Michael Bohne (Hannover)	Dr. Dirk Rohr (Köln)
Barbara Bräutigam (Neubrandenburg)	Dr. Wilhelm Rotthaus (Bergheim bei Köln)
Prof. Dr. Ulrich Clement (Heidelberg)	Prof. Dr. Arist von Schlippe (Osnabrück)
Dr. Angelika Eck (Karlsruhe)	Dr. Gunther Schmidt (Heidelberg)
Prof. Dr. Jörg Fengler (Köln)	Prof. Dr. Siegfried J. Schmidt † (Münster)
Dr. Kai Fritzsche (Berlin)	Jakob R. Schneider (München)
Torsten Groth (Münster)	Prof. Dr. Jochen Schweitzer † (Heidelberg)
Reinert Hanswille (Essen)	Prof. Dr. Fritz B. Simon (Berlin)
Dr. Barbara Heitger (Wien)	Dr. Therese Steiner (Embrach)
Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp (Merseburg)	Prof. Dr. Dr. Helm Stierlin † (Heidelberg)
Prof. Dr. Bruno Hildenbrand (Jena)	Karsten Trebesch (Dallgow-Döberitz)
Prof. Dr. Karl L. Holtz (Heidelberg)	Bernhard Trenkle (Rottweil)
Prof. Dr. Heiko Kleve (Witten/Herdecke)	Prof. Dr. Sigrid Tschöpe-Scheffler (Köln)
Dr. Roswita Königswieser (Wien)	Prof. Dr. Reinhard Voß (Koblenz)
Prof. Dr. Jürgen Kriz (Osnabrück)	Dr. Gunthard Weber (Wiesloch)
Prof. Dr. Friedebert Kröger (Heidelberg)	András Wienands (Berlin)
Tom Levold (Köln)	Prof. Dr. Rudolf Wimmer (Wien)
Dr. Dr. Kurt Ludewig (Münster)	Prof. Dr. Michael Wirsching (Freiburg)
Dr. Stella Nkenke (Wien)	Prof. Dr. Jan V. Wirth (Meerbusch)
Rainer Orban (Osnabrück)	Dr. Silvia Zanotta (Zürich)
Dr. Burkhard Peter (München)	

Reihe »update gesellschaft«

hrsg. von Matthias Eckoldt

Umschlagentwurf: B. Charlotte Ulrich

Redaktion: Dr. Friederike Mayer-Lindenberg

Layout und Satz: Melanie Szeifert

Printed in Germany

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Erste Auflage, 2026

ISBN 978-3-8497-0624-1 (Printversion)

ISBN 978-3-8497-8571-0 (ePub)

© 2026 Carl-Auer-Systeme Verlag  
und Verlagsbuchhandlung GmbH, Heidelberg  
Alle Rechte vorbehalten

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Informationen zu unserem gesamten Programm, unseren Autoren  
und zum Verlag finden Sie unter: <https://www.carl-auer.de/>.  
Dort können Sie auch unseren Newsletter abonnieren.



# Inhalt

Einleitung	7
Die Idee der Universität – Zur politischen Funktion epistemischer Offenheit	15
Die Emanzipation der Fortschrittsidee	24
Einsamkeit und Freiheit: Humboldts Idee der Universität	41
Die Grenzen des idealistischen Modells	50
Neuhumanistische Reaktualisierungsversuche im 20. Jahrhundert	56
Die Ökonomisierung des Bildungsdiskurses	61
Das verdatete Bildungssubjekt	72
Bologna und die Folgen	77
Autonomie und Budget	87
Kultursoziologie der Gegenwart: Von der Erlebnisgesellschaft zur Singularitätsthese	91
Die unbedingte Universität	98
Eine neue Idee von Universität	103
Das Reflexionsprinzip	106
Das Rationalitätsprinzip	116
Das Selbstkorrekturprinzip	120
Die Wahrheit der Wissenschaft	129
Die Universität als Institution	140
Die Funktion der Universität	145
Epilog	160
Endnoten	164
Literatur	171

*Democracy needs to be born anew in each generation,  
and education is its midwife.*

John Dewey<sup>1</sup>

*Zwischen dem Gang der Universitäten und der Geschichte  
besteht eine prästabilisierte Harmonie.*

Max Horkheimer<sup>2</sup>

## Einleitung

Seit einigen Jahren wird – nicht nur im deutschsprachigen Raum – immer wieder die Krise der Universität beschworen. Gemeint ist damit kein plötzliches Ereignis, das die Institution unerwartet in ihren Grundfesten erschüttert hätte, sondern eine komplexe Problemkonstellation, die sich über die vergangenen drei Jahrzehnte hinweg aufgestaut hat. Offenkundige Faktoren wie chronische Unterfinanzierung, fluktuierende Studierendenzahlen und eine zunehmend prekäre Drittmittelabhängigkeit bilden dabei nur die eine Seite der Medaille. Weitaus gravierender aber sind die Verschiebungen im öffentlichen Diskurs – d. h. die Art und Weise, wie Wahrheit, Autorität und Dissens verhandelt werden. Es sind diese Verschiebungen, welche die Universität als Institution in ihren epistemischen Grundfesten bedrohen.

Spätestens seit populistische Rhetorik die Rede von »alternativen Fakten« hoffähig gemacht hat,<sup>3</sup> steht jene zentrale Unterscheidung in Frage, die Wissenschaft überhaupt erst möglich macht: die Unterscheidung zwischen überprüfbaren Erkenntnissen und bloßen Meinungen. Als Folge gerät die Universität in eine diskursive Gemengelage aus Legitimation und Selbstverteidigung, deren Spielregeln nicht mehr durch methodische Strenge oder rationale Argumente bestimmt werden. Und gerade darin liegt das eigentliche Risiko: dass eine Institution, die sich der wissenschaftlichen Methode und der kritischen Prüfung von Behauptungen verpflichtet hat, plötzlich zum politischen Gegner wird. Was hier zur

Disposition steht, ist nicht nur das Vertrauen in Wissenschaft, sondern das Fundament einer Öffentlichkeit, in der das bessere Argument – und nicht die lautere Stimme – den Ausschlag geben sollte.

Gleichzeitig muss konstatiert werden, dass Öffentlichkeit unter den Bedingungen digitalisierter Kommunikation und künstlicher Intelligenz alles andere als ein homogener Resonanzraum ist. Jürgen Habermas, der große Theoretiker der Öffentlichkeit, spricht von den »zentrifugalen Kräften dieser ›Blasen‹ bildenden Kommunikationsstruktur« und warnt davor, dass sich damit die Voraussetzungen für einen gemeinsamen deliberativen Raum auflösen.<sup>4</sup> Von Algorithmen gesteuerte Feeds, fragmentierte Teilöffentlichkeiten und aufmerksamkeitsökonomische Verstärkungsmechanismen erzeugen eine Vielzahl paralleler Diskursräume, in denen Fakten und Normen nur bedingt geteilt werden. Doch nicht erst die algorithmisch sortierten Feeds des 21. Jahrhunderts, sondern schon die Pressearbeit der 1950er-Jahre hat gezeigt, wie sich Wahrheitsproduktion systematisch in eine Industrie der Irreführung verwandeln lässt. Am bekanntesten ist sicherlich ein internes Memo der Tabakbranche aus dem Jahr 1969, das den perfiden Leitsatz formulierte: »Doubt is our product since it is the best means of competing with the ›body of fact‹ that exists in the minds of the general public.«<sup>5</sup> Damit war ein Blueprint geboren, der noch heute als Handlungsanweisung für jede Form von Wissenschaftsleugnung dient: Experten einkaufen, Pseudostudien streuen, mediale »Ausgewogenheit« einklagen und so lange Unsicherheit säen, bis Regulierung

politisch unmöglich wird. Lee McIntyre fasst dieses industriell betriebene Verwirrspiel wie folgt zusammen:

»Paid experts produced fake research that was converted into talking points and memes, then repeated on television by paid shills and spread through social media and, when necessary, hammered into the public consciousness through paid advertising campaigns.«<sup>6</sup>

Die Pointe dieses Verfahrens liegt auf der Hand: Zweifel ist nicht nur ein heuristisches Instrument, sondern eine Ware. Er wird hergestellt, verpackt, distribuiert und schließlich in öffentlichen Debatten als vermeintlicher Pluralismus ausgespielt. Das Muster lässt sich bis in die Gegenwart verfolgen – von der Tabaklobby über die Öl- und Kohleindustrie bis hin zu Impfgegnern und Anhängern rechtspopulistischer Verschwörungsnarrative. Ein Blick in die Protokolle des American Petroleum Institute von 1998 zeigt, wie präzise diese Strategie auf neue Felder übertragen wurde. Unter der Überschrift *Victory will be achieved when* heißt es, man werde gewonnen haben, sobald

- normale Bürger die Unsicherheiten der Klimawissenschaft akzeptieren und diese Akzeptanz Teil des »allgemeinen Wissens« wird
- die Medien diese Unsicherheiten anerkennen
- Berichterstattung »ausgewogen« wirkt und auch Positionen Glaubwürdigkeit verleiht, die die etablierte Forschung in Frage stellen

- die oberste Industrieführung die Unsicherheiten versteht und als starker Fürsprecher gegenüber Klimapolitikern auftritt
- Befürworter des Kyoto-Protokolls als realitätsfern erscheinen.<sup>7</sup>

Spätestens hier wird deutlich, dass es um nichts anderes geht, als wissenschaftliche Fakten durch systematisch erzeugten Zweifel zu diskreditieren. Wo Unsicherheit derart planvoll erzeugt wird, verschiebt sich der epistemische Kampfplatz. Es geht nicht mehr darum, welche Hypothese besser mit den Daten korrespondiert, sondern darum, ob Daten überhaupt noch als verbindliche Referenz angesehen werden sollten. McIntyre charakterisiert dieses Regime folgerichtig als »a form of ideological supremacy, whereby its practitioners are trying to compel someone to believe in something whether there is good evidence for it or not«.<sup>8</sup> Natürlich steht eine solche Form ideologischer Vorherrschaft dem klassischen Konzept von Öffentlichkeit, wie es Habermas entwickelt hat, diametral entgegen. An seine Stelle tritt eine aufmerksamkeitsökonomische Verwertungskette, in der Fakten nur noch Rohstoff für affektive Mobilisierung sind. Die mediale Erregungslogik digitaler Plattformen liefert dabei den Resonanzraum: Algorithmische Verstärkung bevorzugt polarisierende Inhalte, während die ökonomische Architektur von Klick und Werbetrichtern Desinformation profitabel macht. So wird aus der früheren Gleichung *Mehr Wissen = Mehr Handlungskompetenz* das zynische Kalkül *Mehr Verwirrung = Mehr Rendite*. Um noch einmal McIntyre zu zitieren:



»Why search for scientific disagreement when it can be manufactured? Why bother with peer review when one's opinions can be spread by intimidating the media or through public relations? And why wait for government officials to come to the ›right‹ conclusion when you can influence them with industry money? All of this is of course shockingly cynical, yet it is only a stop on the road that today leads to post-truth.«<sup>9</sup>

Damit wird klar: Wahrheit muss nicht länger widerlegt, sie muss lediglich relativiert werden – durch ein Überangebot an Deutung, das jede Feststellung in den Verdacht der Parteilichkeit rückt. In dieser »Marktordnung des Misstrauens« wird die Universität notwendigerweise zum Störfaktor, weil ihre methodische Skepsis nicht auf beliebige Ergebnisse abzielt, sondern auf intersubjektiv prüfbare Aussagen. Gerade hier kulminiert das Risiko, das schon zuvor beschrieben wurde: Eine Institution, deren Leistung darin liegt, Urteile nicht einfach zu suspendieren, sondern systematisch zu überprüfen, sieht sich plötzlich angegriffen von Akteuren, die Unsicherheit als Geschäftsmodell betreiben. Die Folge ist eine asymmetrische Konfrontation: Während wissenschaftliche Verfahren Offenheit gegenüber Falsifikation verlangen, kalkuliert die gegnerische Seite mit der Immunisierung gegen jede Form von Korrektur. Kurzum: Die Krise der Universität ist im Kern eine Krise der Öffentlichkeit, die sich von einem deliberativen Forum in einen Marktplatz industriell gefertigter Zweifel verwandelt hat. Damit zerfällt der klassische Ort, an dem sich

eine Gesellschaft auf gemeinsame Kriterien der Wahrheits-suche verständigt.

Doch gerade weil sich eine konsensfähige Vorstellung von öffentlicher Rationalität nicht mehr von selbst versteht, ist es weder realistisch noch wünschenswert, das Konzept Öffentlichkeit vorschnell preiszugeben. Vielmehr stellt sich die Frage, wer in einer derart ausfransenden Kommunikationsökologie die Formen kritischer Prüfung, argumentativer Transparenz und methodischer Selbstkorrektur wieder ins Spiel bringen kann. Eine der Kernthesen des vorliegenden Buches ist, dass der Universität mit Blick auf die Wiedergewinnung eines regulativen Konzepts von Öffentlichkeit eine besondere Bedeutung zukommt: nicht weil sie Gewissheiten garantiert, sondern weil sie Verfahren bereitstellt, in denen Zweifel – jenseits von Geschäftsinteressen – produktiv werden und rationale Verständigung überhaupt erst eingeübt werden kann.

Während öffentliche Debatten in immer kürzerer Taktung eskalieren, wird die Wissenschaft zugleich mit gegensätzlichen Erwartungen überfrachtet: Sie soll Innovation und unmittelbare Verwertbarkeit garantieren, gesellschaftliche Polarisierungen befrieden, technische Zukunftsvisionen liefern und nebenbei noch das kulturelle Erbe bewahren. In dieser »Polykrise« aus Ökonomisierung, politischer Instrumentalisierung und digitaler Beschleunigung ist die Universität einem historischen Stresstest ausgesetzt. Die jüngsten Konflikte um »woke« Curricula in den USA, das Misstrauen gegenüber wissenschaftlicher Expertise in der Corona-Pandemie oder

mit Blick auf den Klimawandel sowie die Reproduzierbarkeitsdebatte in Psychologie und Biomedizin zeigen, wie rasch das epistemische Fundament universitärer Arbeit ins Wanken geraten kann, wenn ökonomische und politische Logiken die Hoheit über Deutung und Finanzierung beanspruchen. Doch wie kann eine Institution, deren Legitimität auf Offenheit und argumentativer Nachvollziehbarkeit beruht, in einem Diskursumfeld bestehen, das immer mehr auf Polarisierung und instrumentelle Verwertbarkeit setzt? Wie lässt sich in zunehmend durch populistische Rhetorik geprägten westlichen Demokratien, in denen selbst die Grundlagen wissenschaftlicher Urteilkraft zur Disposition stehen, so etwas wie eine Funktion der Universität überhaupt noch begründen? Und schließlich: Was vermag die Universität zu bewirken, wenn die Idee einer gemeinsamen epistemischen Öffentlichkeit selbst unter Druck gerät?

Es sind diese Fragen – und weitere –, welche das vorliegende Buch motiviert haben. Es unternimmt den Versuch, inmitten einer fragmentierten Gegenwart den Ort der Universität systematisch neu zu bestimmen. Dabei steht weniger die nostalgische Wiederbelebung eines vermeintlich homogenen Bildungsideals im Zentrum als vielmehr die Frage, welche Funktionen eine Universität heute erfüllen muss, um einer demokratischen, von hoher Komplexität geprägten Gesellschaft Orientierungsinstanz und kritische Stimme zugleich zu sein. Die leitenden Überzeugungen sind schnell skizziert: Wissenschaftliche Erkenntnis entsteht dort, wo Selbstkorrektur institutionalisiert wird; Öffentlichkeit braucht Orte,

an denen Widerspruch erwünscht ist; Demokratie kann ohne Institutionen, die Ungewissheit produktiv machen, nicht auf Dauer bestehen. Keine dieser Einsichten ist radikal neu. Viele der hier aufgegriffenen Argumentationslinien sind vertraute Requisiten der Wissenschafts- und Hochschuldiskussion. Dennoch, so die Hoffnung, entsteht durch ihre gezielte Zusammenführung ein tragfähiges Bild davon, worin der gesellschaftliche Mehrwert universitärer Autonomie heute liegt. Ihre Verbindung macht sichtbar, dass Reflexivität, Rationalitätsanspruch und strukturell eingeplante Kontingenz kein luxuriöser Überschuss sind, den man in Zeiten knapper Kassen bedenkenlos kürzen kann, sondern die elementare Infrastruktur einer Wissenskultur, die Fehler als Lernchancen behandelt und Autorität nur gelten lässt, wenn sie sich argumentativ ausweist. In dem Maß, in dem diese Wissenskultur erodiert, gerät auch das Fundament demokratischer Gemeinwesen ins Wanken – genau darin liegt die politische Dringlichkeit der hier unternommenen Reflexion.

Dieses Buch ist somit kein Handbuch universitärer Verwaltung und auch kein kulturpessimistischer Abgesang, sondern ein Plädoyer: für die Relevanz einer Institution, die gelernt hat, ihre eigenen Voraussetzungen unter Vorbehalt zu stellen; für eine Praxis der Offenheit, die sich nicht in der schnellen Produktion von »Inputs« und »Outputs« erschöpft; und nicht zuletzt dafür, den Wert von Wissenschaft im Vollzug ihrer öffentlichen Selbstbefragung zu erkennen – gerade in einer Zeit, in der Macht und Meinung allzu oft das letzte Wort beanspruchen.